



Demokratischer Weltstaat statt neuer Nationalismus

Christian J. Jäggi

Christian J. Jäggi
Demokratischer Weltstaat statt neuer Nationalismus

Christian J. Jäggi

Demokratischer Weltstaat statt neuer Nationalismus

F Frank & Timme
Verlag für wissenschaftliche Literatur

ISBN 978-3-7329-0817-2

ISBN E-Book 978-3-7329-9144-0

© Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur
Berlin 2022. Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts-
gesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in
elektronischen Systemen.

Herstellung durch Frank & Timme GmbH,
Wittelsbacherstraße 27a, 10707 Berlin.

Printed in Germany.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

www.frank-timme.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
Einführung	11
1 Globale Probleme: Facts and Figures	15
1.1 Aktuelle Konflikte	16
1.2 Friedensbemühungen	18
1.3 Erfolge und Misserfolge – Gründe	19
2 Neuer Nationalismus	23
2.1 Nationalismus als neu-altes Phänomen	24
2.2 Grenzen des Nationalitätskonzepts	27
2.3 Der territoriale Nationalstaat	30
2.4 Demokratie als nationales Narrativ	40
2.5 Der neue Identitarismus	43
2.6 Transnationalität als Ausweg?	48
2.7 Dringende transnationale Handlungsfelder	51
2.7.1 Zwischenstaatliche Konflikte	52
2.7.2 Weltwirtschaft und Welthandel als grenzüberschreitende Netzwerke	52
2.7.3 Terrorismus und Gewalt	57
2.7.4 Cybersicherheit	61
2.7.5 Abrüstung	64
2.7.6 Klimawandel	67
2.7.7 Umbau der auf fossilen Brennstoffen beruhenden Weltwirtschaft	69
2.7.8 Umweltzerstörung	71

2.7.9 Abfallproblem	72
2.7.10 Armut	74
2.7.11 Migration	75
2.7.12 Ethnisch oder religiös konnotierte Konflikte	78
3 Zum politologischen Diskurs über den Weltstaat	83
3.1 Die Gesellschaftsvertrags-Theorie	92
3.2 Die Weltstaatsidee zwischen Realisten, Institutionalisten und Idealisten im angelsächsischen Diskurs	96
3.3 Global Governance als zu begrenzter Ansatz	101
3.4 Otfried Höffes Vision des Weltstaates	110
3.5 Die Menschheit als Einheit im Zentrum	112
4 Weltanschauungen und Religionen zur Weltstaatsidee	117
4.1 Säkulare Konzepte	117
4.2 Staatskonzepte im Judentum	118
4.3 Christliche Weltstaatsvision	122
4.4 Transnationale Staatsvorstellungen im Islam	127
4.5 Das Bahá'í-Konzept einer Weltordnung	130
5 Globaler Diskurs	135
5.1 Die Friedensthematik als Kernproblem	138
5.2 Menschenrechtsdiskurs	140
5.3 Subsidiarität, Solidarität und Freiheit	143
5.4 Beratungskonzept	145
5.5 Schritte zur Institutionalisierung	146
5.6 Schrittweiser Umbau der UNO?	149

5.7 Für eine Weltverfassung	153
5.8 Werte und Bürgertugenden	154
5.9 Geistige Entwicklung der Menschheit	156
Fazit und Ausblick	159
Literatur	161

Vorwort

Die grossen Probleme der letzten Jahre – unter anderem der Terrorismus, der Klimawandel, die globale Migration und jüngst die Corona-Pandemie – haben gezeigt, dass die drängenden, aktuellen Probleme zumeist die Grenzen der Nationalstaaten überschreiten. Die Nationalstaaten laufen immer wieder Gefahr, den eigentlichen Problemen hinterherzulaufen. Die Handlungsmöglichkeiten der Nationalstaaten sind in der Regel beschränkt und beziehen sich bestenfalls auf ihr eigenes Territorium oder auf freiwillige zwischenstaatliche Übereinkünfte, die oft erst noch nicht eingehalten werden. Und immer wieder werden die aktuellen Weltprobleme von einzelnen Grossmächten für ihre eigenen Zwecke nach Belieben instrumentalisiert – wie die Covid-19-Krise. Es fehlt ein globales Korrektiv, das im Bedarfsfall gezielt eingreifen und aufgrund eigener Ressourcen handeln kann. Beispiele dafür sind etwa drohende oder bestehende Genozide an Völkern oder Minderheiten, grenzüberschreitende Umweltkatastrophen oder zwischen- oder innerstaatliche Kriege, die von Hegemonialmächten geschürt werden.

Deshalb ist es an der Zeit, die Diskussion um eine demokratische und föderale Weltregierung wieder aufzunehmen und fortzuführen. Der vorliegende Band versteht sich als Beitrag zu dieser Diskussion.

Dabei ist es weder zielführend, Vorstellungen eines demokratischen und föderalistischen Weltstaates als Verschwörungstheorien abzuschmettern, noch macht es Sinn, das Konzept eines transnationalen Weltstaates als Lösung für alle aktuellen Probleme zu sehen. Ein demokratischer Weltstaat ist nicht mehr und nicht weniger als ein weiteres staatspolitisches Instrument, oder wenn man will: eine weitere staatliche Verwaltungsebene – neben Kommunen, Distrikten, Bundesländern oder Kantonen und den Nationalstaaten –, von der aus eine Vielzahl von Problemen besser und effizienter angegangen werden können als mit den bestehenden politischen Instrumentarien.

Einführung

Mark Mazower (2013) hat in seinem eindrücklichen historischen Werk «Die Welt regieren» dargestellt, wie einerseits der Wunsch nach einer Weltregierung im Laufe der letzten 170 Jahren immer stärker geworden ist, aber andererseits bis heute alle entsprechenden Versuche gescheitert sind. Spätestens seit Anfang des 20. Jahrhunderts gewann ein grossräumigeres Denken an Boden, was bereits die Fasnachts-Krise¹ 1898 exemplarisch zeigte. Zwischenstaatliche und transnationale Konflikte wurden dabei immer weniger als Konkurrenz einzelner Akteure – etwa von Nationalstaaten oder gar von einzelnen Regierungsoberhäuptern – verstanden, sondern zunehmend als Geflecht kooperativer und konfliktueller Absichten, Interessen und Handlungen sowie als Ausdruck politischer, ökonomischer und sozialer Widersprüche.

Merle und Gosepath (2002:8) haben zu Recht darauf hingewiesen, dass im aktuellen Weltkontext der Ausdruck «Weltstaat» eine noch grössere Provokation darstellt als «Weltrepublik». Im Gegensatz zu diesen beiden Konzepten unterstütze zweifellos eine grosse Mehrheit der Menschen die Forderung nach einer «neuen, gerechteren Weltordnung». Doch reicht das als Argument – wie Merle und Gosepath (2002:8) meinen –, politisch und philosophisch nicht von einem Weltstaat, sondern «nur» von einer Weltrepublik zu sprechen? Wäre es nicht vielmehr wichtig, über die konkrete Ausgestaltung eines Weltstaates zu reden – also über demokratische Weltstrukturen, gerechte und demokratische Institutionen, umfassende politische Diskurse, Egalität und Solidarität?

Während nicht wenige politische Autoren den Weltstaat als politisches Schreckgespenst oder als Chimäre betrachteten, waren einzelne Wissenschaftler und Philosophen, so Arnold J. Toynbee (1969:54), von der Notwen-

.....

1 1898 gingen Frankreich und England haarscharf an einem Krieg vorbei, der sich an einem kleinen Fort in Afrika entzündete, weil – grob gesagt – die Engländer ihr Interessen- und Kolonialgebiet in Afrika von Norden nach Süden und umgekehrt vereinheitlichen und arrondieren wollten, die Franzosen aber von Westen nach Osten vorstießen. Die Franzosen planten eine Eisenbahnlinie von Dakar nach Dschibouti, die Engländer von Kapstadt/Südafrika nach Kairo.

digkeit eines Weltstaates überzeugt. Andere – so etwa Alexander Wendt (2003) – gingen sogar von dessen Unvermeidlichkeit aus. Während Toynbee (1969:54) die Notwendigkeit einer Weltbehörde mit der Kontrolle der Atomenergie, mit der Verhinderung eines atomaren Krieges und mit dem Umgang atomarer Abfälle begründete, aber auch mit der Überwindung des Hungers, argumentierte Wendt, dass die Bildung eines Weltstaates das unausweichliche Ergebnis eines sozialen Ringens um Anerkennung zwischen den Staaten und einer sich bildenden kollektiven Identität sei (vgl. Wendt 2003 sowie Albert 2007:14). Im Unterschied zu früheren Vorstellungen eines zentralisierten Weltstaates oder einer Weltföderation vertreten neuere soziologische und politologische Annäherungsversuche ein Konzept einer globalen Staatlichkeit, die sich zu anderen Formen von Staatlichkeit komplementär oder inklusiv verhält. Entsprechend wird nicht mehr behauptet, dass territorial begrenzte Staatsgebilde verschwinden würden, noch dass eine Weltstaatlichkeit notwendigerweise «die stärkste oder sichtbarste Form von Staatlichkeit» (Albert 2007:14) darstelle. So sei eine sich herauschälende Weltstaatlichkeit als emergente Struktur im politischen System zu verstehen, die über eine lediglich dichtere Vernetzung bestehender nationaler oder regionaler Strukturen hinausgehe. Eine Weltverfassung als Grundlage eines Weltstaates geht deutlich über das Konzept einer Global Governance als «Verrechtlichung bestehender internationaler Beziehungen» hinaus – aber auch über die Forderung nach einem weltweiten Zusammenschluss bestehender nationaler Exekutiven – was etwa im Aufbau und in der politischen Entscheidungsfindung der Europäischen Union (noch) weitgehend der Fall ist.

Darüber, ob sich bereits Hinweise für die Bildung eines Weltstaates abzeichnen, streiten sich die Politologen. Die grosse Frage ist dabei, ob diese Frage analytisch überhaupt zu beantworten ist. Zweifellos braucht es dafür eine klare Begrifflichkeit, etwa dazu, was unter Weltstaatlichkeit und Weltstaat zu verstehen ist, des Weiteren operationalisierbare Kriterien und empirische Daten. Hier interessiert jedoch weniger die Beschreibung möglicher Prozesse und Entwicklungen, die (vielleicht) auf einen Weltstaat hin oder von ihm wegführen – vielmehr geht es um eine Reflexion auf strategischer und pragmatischer Ebene. Dazu gehören jedoch auch eine Analyse des bestehenden nationalstaatlichen Systems, eine Diskussion des Global Governance-Ansatzes

und die Darstellung verschiedener Entwürfe von Weltstaatlichkeit und eines konkretisierbaren Weltstaates.

Höffe (1999:10) hat drauf hingewiesen, dass es im Grunde zwei diametral entgegengesetzte Positionen gibt, welche die Idee eines Weltstaates ablehnen: Auf der einen Seite eine globalisierungskritische Haltung, welche die Idee eines homogenen Weltstaates als Fortsetzung einer alles vereinnahmenden wirtschaftlichen Globalisierung sieht und der die Einzelstaatlichkeit abschaffen wolle. Auf der anderen Seite verteidigt der Kommunitarismus das Recht auf Differenz aller Lebensgemeinschaften und sieht die kommunitäre Vielfalt durch einen Weltstaat bedroht. Das Problem ist, dass im Grunde beide Kritiken den Weltstaat als monistisches Staatswesen verstehen und fürchten, während jedoch die meisten Vertreter eines demokratischen Weltstaates weder die Abschaffung der Nationalstaaten fordern noch ein monistisches Weltstaatskonzept vertreten. Vielmehr geht es um eine ergänzende und zu den Nationalstaaten komplementäre Staatsebene, die sowohl demokratisch als auch föderalistisch konstruiert ist. Dieser Sicht ist auch der Autor dieser Zeilen verpflichtet.

1 Globale Probleme: Facts and Figures

Josef S. Nye Jr. (2021:19) hat die Frage gestellt, ob die neue, aufstrebende Weltmacht China und die bisherige Hegemonialmacht USA vor einem Krieg stehen. Er verglich die Situation mit derjenigen des aufstrebenden Athens gegen die bisherige Vormacht Spartas, die immerhin zum Peloponnesischen Krieg führte. Auch wenn Nye (2021:19) die Gefahr eines heissen oder kalten Kriegs zwischen China und den USA verneint – er verweist trotzdem darauf, dass sowohl die Ansprüche einer aufsteigenden neuen Macht als auch die Furcht der bisherigen Hegemonialmacht, ihre Vorherrschaft zu verlieren, zu Unsicherheit oder gar Konflikten führen können. Immerhin liegt bereits heute die Wirtschaftsmacht Chinas gemessen am Bruttoinlandprodukt bei etwa zwei Dritteln desjenigen der USA, und Beobachter rechnen damit, dass beide irgendwann in den 2030er Jahren gleichziehen werden (vgl. Nye 2021:19). Die USA, welche lange Zeit die bedeutendste Handelsmacht darstellten, waren 2021 wichtigster Handelspartner von 57 Ländern, dagegen fungierte China im gleichen Jahr bereits als Haupthandelspartner von fast 100 Ländern (vgl. Nye 2021:19). Umgekehrt besitzen die USA grosse Potenziale durch ihre geografische Lage und eine im Gegensatz zu Russland, Europa und Japan wachsende Bevölkerung. Demgegenüber altert Chinas Bevölkerung stark und die chinesische Erwerbsbevölkerung hat ihr Maximum bereits 2015 erreicht, wohingegen diejenige Indiens weiter zunimmt (vgl. Nye 2021:19). Alles in allem scheint die Entwicklung auf ein bipolares Patt zwischen China und den USA hinzusteuern, was die weltpolitische Instabilität eher erhöhe dürfte – zumal die geostrategische Haltung, die künftige Entwicklung und das militärische Potenzial zweit- und dritrangiger Mächte wie Russlands, Europas, der Türkei, Indiens, Pakistans und des Irans nicht sehr klar sind.

1.1 Aktuelle Konflikte

Sowohl zwischenstaatlichen als auch innerstaatlichen Konflikten steht die Menschheit und stehen verantwortliche Regierungschefs weitgehend machtlos gegenüber.

Eines der jüngsten Beispiele ist Burma, wo eine selbstherrliche Militärclique die gewählte Regierung absetzte, die Ergebnisse von Neuwahlen unterdrückte und Hunderte von Menschen tötete und Tausende ins Gefängnis warf und im Grunde niemand etwas gegen diese Entwicklung tun konnte oder wollte. Reicht es – wie Goetschel (2021:4) forderte – mit Handels- und Finanzaktionen Druck auf die Junta aufzubauen? Die Demonstranten in Burma forderten vom Ausland auf Plakaten immer wieder «R2P», nämlich «Responsibility to Protect» – also Übernahme der Verantwortung zum Schutz der Bevölkerung –, zum Beispiel durch eine Intervention gegen das Militärregime. Der Politologe Laurent Goetschel (2021:4) warnte davor, diese Forderung zu breit anzuwenden, weil es kein Menschenrecht auf Demokratie gebe. Doch ist das nicht ein Armutszeichen für die Weltgemeinschaft und für alle Demokratien? Entweder stehen wir zur Forderung von Hannah Arendt (2013:614), dass allen Menschen ein «Recht, Rechte zu haben», zukommen muss, wozu besonders auch die Menschenrechte gehören – oder wir verzichten auf den Anspruch der allgemeinen Durchsetzung der Menschenrechte für alle.

Zweifellos hat Goetschel (2021:4) Recht, wenn er gegenüber militärischen Interventionen aus dem Ausland skeptisch ist, wie etwa im Falle Burmas – aber der eigentliche Grund ist doch, dass bei militärischen Interventionen immer wieder nationalstaatliche Interessen oder hegemoniale Überlegungen mitspielen, eben gerade weil eine starke demokratisch-weltstaatliche Institution fehlt, welche für Legitimität und Angemessenheit, aber auch für die Effizienz einer solchen Intervention sorgen kann.

In anderen Staaten, so in Afghanistan, sind sämtliche militärischen Interventionen von Nationalstaaten oder Staatenbündnissen gescheitert – angefangen bei den Briten im 19. Jahrhundert, über die Sowjetunion im 20. Jahrhundert bis zum 20jährigen Afghanistaneinsatz der NATO unter der Führung der USA. Weder gelang es, den Terrorismus auszurotten, noch konnten nachhaltige demokratische Strukturen aufgebaut oder die Warlords effektiv in ei-

nen Prozess des innergesellschaftlichen Dialogs eingebunden oder entwaffnet werden. Das gleiche gilt für die Bürgerkriege in Syrien, Libyen, Jemen und die Situation in den Sahelstaaten, in Zaire und in Somalia. In den letzten Jahren sind sogar neue Bürgerkriege dazugekommen, so etwa in Äthiopien (vgl. z.B. Schmid 2021:5).

Selbst temporäre und lokale militärische Erfolge bringen nichts, wenn sie nicht in robuste staatliche Institutionen umgewandelt werden können. So waren etwa – laut dem US-amerikanischen General Stanley McChrystal – die ausländischen Truppen in Afghanistan in fast 100% ihrer «kinetischen Aktionen» erfolgreich, aber der Krieg ging trotzdem verloren (vgl. Bartels 2021:19). Nachdem bereits US-Präsident Donald Trump den Abzug der amerikanischen Truppen aus Afghanistan angekündigt und vorangetrieben hatte, gab auch sein Nachfolger Joe Biden bekannt, die Truppen bis zum 11. September 2021 aus Afghanistan abzuziehen – mit leeren Händen und ohne Rückendeckung für die afghanische Regierung, versteht sich (vgl. Bartels 2021:19). Ja, bekanntlich musste am Schluss der Abzug der NATO-Truppen sogar überstürzt auf den 31. August 2021 vorverlegt werden, weil die afghanische Regierung in Kabul trotz 300'000 hoch gerüsteten Soldaten und Milliarden Dollar Aufbauhilfen innert wenigen Tagen zusammenkrachte.

Doch auch in vielen anderen Ländern sind ausländische Soldaten stationiert, so etwa französische und deutsche Truppen in den Sahelstaaten. Dazu kommt eine grosse Anzahl von Paramilitärs und Söldnern. So waren etwa im Herbst 2021 Söldner der russischen Militärfirma Wagner-Gruppe in mehr als 12 afrikanischen Staaten aktiv, so in Libyen, im Sudan, in der Zentralafrikanischen Republik, in der Demokratischen Republik Kongo (Kingshasa), in Angola, in Moçambique, in Simbabwe, in Botswana, in Madagaskar, in Lesotho, in Eswatini (ehem. Swasiland), in Guinea und in Guinea-Bissau. Im September 2021 gab ausserdem die Regierung von Mali bekannt, dass sie Söldner der Wagner-Gruppe anheuern wollte, um Soldaten auszubilden und Politiker zu beschützen (vgl. Bernath 2021:5). Söldnern der Wagner-Gruppe – die einige Beobachter als eine Art Privat-Armee Putins ansehen – waren unter anderem Verbrechen in Syrien und in Zentralafrika vorgeworfen worden (vgl. Bernath 2021:5).

1.2 Friedensbemühungen

Joachim Krause (2021:18) hat die These vertreten, dass es zwischen Russland und China eine Art politische und militärische Allianz gebe, ihren Hauptgegner – nämlich die USA und die mit ihnen verbündeten Staaten – über eine gezielte Eskalation lokaler bewaffneter Konflikte unter Druck zu setzen und die internationale, regelbasierte Ordnung herauszufordern. Deshalb seien Russland gegen die Ukraine und China im südchinesischen und ostchinesischen Meer gegen Taiwan und andere Anrainerstaaten gezielt daran, militärisch zu eskalieren. Denn ihr Hauptgegner USA sei nicht in der Lage, gleichzeitig militärisch in zwei verschiedenen lokalen Konflikten zu intervenieren. Der massive militärische Aufmarsch Russlands an der Grenze zur Ostukraine Ende April 2021 gab dieser These eine gewisse Plausibilität. Krause (2021:18) schätzte die internationale Lage im Frühling 2021 so ein, dass das Muster gleichzeitiger regionaler Aggressionen durch Moskau und Peking in den kommenden Jahren zum Regelfall werden dürften – um gegnerische Allianzen zu destabilisieren. Sollte dies zutreffen, ist für die nahe Zukunft wenig Gutes zu erwarten.

Obwohl Russland Ende April 2021 einen – zumindest teilweisen – Truppenrückzug von der ostukrainischen Grenze anordnete (vgl. Rüesch 2021:3), blieben die Hintergründe des russischen Truppenaufmarschs schleierhaft. Für eine normale Bereitschafts- oder Mobilmachungsübung waren die Truppenverschiebungen zu grossräumig, und sie stellten sogar umfangmässig den Aufmarsch der russischen Armee von 2014 bei der Besetzung der Krim und die verdeckten Militäroperationen in der ostukrainischen Donbass-Region in den Schatten. Und als eine Antwort auf die für das für Mai 2021 geplante grosse NATO-Verschiebungsmanöver «Defender Europe 2021» erfolgte der Rückzug zu früh. Ausserdem sollte laut Aussage des Verteidigungsministers die russische 41. Armee ihre Waffen und ihr Material an der Grenze zurücklassen – vielleicht für einen später geplanten Gebrauch. Und bei Woronosch hatten die russischen Streitkräfte ein grosses Feldlager mit Hunderten von Panzern, Infanteriefahrzeugen und weiterem Kriegsmaterial errichtet (vgl. Rüesch 2021:3). Doch als einmalige Drohgebärde gegen den Westen erschien der Aufwand als zu gross.